

Aus dem Gemeinderat Kirchzarten:

MIETERHÖHUNG FÜR GEFLÜCHTETE

Kirchzarten (de.) Um die Einnahmen der Gemeinde zu erhöhen, wurde das Streichkonzert in der Sitzung fortgesetzt. So kommt nun eine Mieterhöhung für Geflüchtete, die in gemeindeeigenen Unterkünften wohnen.

Die Gemeinde ist verpflichtet, Unterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete, die der Landkreis zuweist, vorzuhalten. Für die Unterbringung erhebt die Gemeinde eine Gebühr, die in aller Regel der Landkreis für die zugewiesenen Geflüchteten bezieht. Wenn die Unterkunft voll belegt ist, sollte diese Gebühr kostendeckend sein. Dies ist jedoch nicht immer der Fall. Aus diesem

Grund wird nun auch der bisher gewährte Rabatt für Geflüchtete gestrichen, die Arbeit, aber keine Wohnung gefunden haben und noch in der Unterkunft wohnen. Sie bezahlen künftig 356,50 Euro. Auch diese Entscheidung fiel den Gemeinderäten schwer. Sie betreffe einen Personenkreis, der keine Lobby hätte. Menschen lebten dort auf engstem Raum, dafür 356,50 Euro erheben zu müssen sei unschön, sogar unwürdig, so Martin Götz (CDU). Es sei zu hoffen, dass diese Menschen, die schnell in Lohn und Brot gekommen wären, auch anderweitig Wohnraum finden können, hofft Susanne Vogler (sozialökologischer Wandel).

GRUND- UND GEWERBESTEUER STEIGEN

Kirchzarten (de.) Umstritten war auch die Erhöhung der kommunalen Steuern. Der Hebesatz der Grundsteuer A für landwirtschaftliche Flächen wurde von 461 v.H. auf 481 v.H. angehoben und der der Grundsteuer B für bebauete Flächen von 250 v.H. auf 300 v.H. Besonders deutlich fiel die Erhöhung bei der Gewerbesteuer aus: von 340 v.H. auf 400 v.H. Dadurch werden Mehreinnahmen von einer Million erwartet. Auch diese Erhöhungen fielen den Gemeinderäten nicht leicht, sie hätten hier nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, so Dorothea Jenne-Toma (SPD). Die Erhöhung der Grundsteuer könne zu Mieterhöhungen führen und treffe dann auch wieder die Familien und die Gewerbesteuererhöhung könne Arbeitsplätze gefährden, so Oktay Umul (Grüne). Dr. Harald Schauenberg (FWG) führte aus, dass

die große Mehrheit der Ökonomen sich einig sei, dass – um Wachstum anzustoßen – die Steuerbelastung gesenkt werden müsse. Kirchzarten mache das Gegenteil. Die Freien Wähler sähen ihre Hauptaufgabe darin, möglichst gute Bedingungen für die Unternehmen zu schaffen, denn sie seien die Lokomotive des Wohlstands. Um den Haushalt zu konsolidieren, springe seine Fraktion jedoch über ihren Schatten. Die Erhöhung sei saftig, so Schauenberg, doch Kirchzarten liege mit einem Hebesatz von 400 v.H. exakt im Durchschnitt der Kommunen Baden-Württembergs. Mit der Erhöhung bestünde die Gefahr, dass Unternehmen abwanderten, das hätte nachhaltige Folgen, betonte Martin Götz (CDU), deshalb stimme die CDU auch nur mit Bauchschmerzen zu. Aber es gäbe keine Alternative.

Gemeinderat beschließt Sparhaushalt

Haushaltsverabschiedung im Zeichen der Haushaltskonsolidierung – Harte Einschnitte für Bürgerinnen und Bürger

Kirchzarten Der Gemeinderat hat in der letzten Sitzung den Haushalt 2026 verabschiedet. Die Räte und Rätinnen betonten mehrfach, dass sie angetreten seien, um Kirchzarten voranzubringen und zu gestalten. Nach einer Haushaltssperre nun einen solchen Sparhaushalt

verabschieden zu müssen, sei alles andere als vergnügungssteuerpflichtig.

Ausgaben begrenzen

Leitfaden der Haushaltsverabschiedung war das Haushaltskonsolidierungskonzept, das Meran

Seker von der Hochschule für Verwaltung in Kehl als externer Berater zusammen mit Verwaltung und Gemeinderat erarbeitet hatte. Dieses schlägt an die 70 Maßnahmen vor, um die Einnahmenseite der Gemeinde zu verbessern und die Ausgaben zu begrenzen. Das alles seien

harte Einschnitte, mehrfach von den Gemeinderäten als Liste der Grausamkeiten bezeichnet, die alle BürgerInnen betreffen würden. Doch würde man nicht handeln, drohe die Zwangsverwaltung und verlöre Kirchzarten seine Handlungsfähigkeit. **Dagmar Engesser**

HÖHERE KITA-GEBÜHREN UND KÜRZERE ÖFFNUNGSZEITEN

Kirchzarten (de.) Es war absehbar, dass der Gemeinderat die Kita-Gebühren erhöhen wird. Die Gemeinde gibt fünf Millionen Euro für die Kinderbetreuung aus. Die Elternbeiträge decken nur einen Bruchteil, Land und Bund fordern hohe Standards und führten den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ein, doch statten die Gemeinden nicht mit den nötigen finanziellen Mitteln dafür aus. Dieses strukturelle, nicht von der Gemeinde verursachte Problem führt dazu, dass die kommunalen Haushalte nicht mehr ausgeglichen werden können: die Ausgaben übersteigen die Einnahmen bei weitem.

Der Gemeinderat tat sich sehr schwer mit dem Beschluss, die Gebühren zu erhöhen und vertagte die Entscheidung darüber im Januar und ging in weitere Diskussionsrunden. Ursprünglich war geplant, die Gebühren in zwei Schritten jeweils um 25 Prozent zu erhöhen. Nun einigte sich der Gemeinderat auf neues, einkommensgestaffeltes Gebührenkonzept mit sozialen Komponenten, in das neben der Basisgebühr (B), Faktoren wie Einkommen (E), Dauer der Betreuung (BF), die Geschwisteranzahl (GF) und ein Alleinerziehende-Status (A) einfließen. Mit der Formel $B \times E \times B \times F \times G \times F \times A$ wird künftig die Kita-Gebühr je nach persönlicher Situation ermittelt.

Dieses einkommensgestaffelte Gebührenkonzept startet als Pilotprojekt in den kommunalen Kitas und soll mittelfristig auch in den Einrichtungen anderer Träger angewandt werden. Die Prüfung des Einkommensfaktors läuft über das Landratsamt, so dass die kommunale Verwaltung nicht damit belastet wird. Von Seiten der Gemeinde werden Onlinetools zur Berechnung des individuellen Beitrags zeitnah bereitgestellt. Außerdem sind Informationsveranstaltungen



Kinderbetreuung kostet Geld. Die Gemeinde trägt nicht nur die Personalkosten, sie investierte in den letzten Jahren auch sehr viel Geld in bauliche Maßnahmen, um Betreuungsplätze zu schaffen, so auch in die Jurte des integrativen Naturkindergartens Bunte Füchse in Zarten.

FOTO: DAGMAR ENGESSER

für die Eltern geplant. Umgesetzt wird das Pilotprojekt mit Beginn des Kindergartenjahrs 2026/27.

Der Gemeinderat beschloss dieses Modell einstimmig. Joscha Brandhorst (Grüne) verwies darauf, dass es damit nun Belastungsgrenzen für die Eltern gebe. Werden diese überstiegen, greife die wirtschaftliche Jugendhilfe.

Dr. Harald Schauenberg (FWG) hätte es lieber gesehen, wenn die Gebühren pauschal um 25 Prozent angehoben worden wären. Die Freien Wähler akzeptierten aber, dass die Mehrheit eine soziale Komponente wünschte. Benny Rüdiger betonte, dass die SPD mit einem starren System nicht einverstanden gewesen wäre. Die SPD hätte sich allerdings einen niedrigeren Basisbetrag und einen höheren Freibetrag gewünscht, mit dem sie sich jedoch nicht durchsetzen konnte.

Martin Götz (CDU) versicherte den Eltern, dass alle Räte und Rätinnen die Bedenken der Eltern ernst genommen hätten. Doch diese Einschnitte müssten beschlos-

sen werden. Man müsse nun ausbauen, dass man all die letzten Jahre über die Verhältnisse gelebt habe.

Susanne Vogler (sozialökologischer Wandel) kann die Ängste und auch die Wut der Eltern ebenfalls verstehen. Das Ergebnis der sozialen Staffelung sei gut, eine pauschale Erhöhung in diesem Jahr und noch einmal im nächsten Jahr sei sicher nicht besser gewesen.

Reduzierung der Betreuungszeiten

Bei der Kürzung der Betreuungszeiten von 17 auf 16 Uhr war sich das Gremium nicht einig. Bürgermeister Darius Reutter führte aus, dass nur wenige Eltern diese verlängerte Öffnungszeit mit einem Betreuungsumfang von 40 Stunden die Woche benötigten. Darüber hinaus stehe diese Maßnahme im Konsolidierungskonzept und diese bräuchte es in Gänze, um aus der finanziellen Schiefelage herauszukommen. Sie würde nun frühzeitig beschlossen, damit die Eltern die Möglichkeit haben, darauf zu reagieren. Weiter ver-

wies er auf die gute Betreuung in Kirchzarten Einrichtungen mit hohen Standards und kaum außerplanmäßigen Schließzeiten.

Von der Reduzierung betroffen ist auch die Schulkinderbetreuung nach der Ganztageschule und im Hort. Beide Maßnahmen ergeben eine Personaleinsparung in Höhe von 100.000,- Euro.

Joscha Brandhorst (Grüne) führte aus, dass das Armutsrisiko weiblich wäre. Wenn Frauen weniger arbeiten, weil sie die Kinder betreuen, wirke sich das im Alter auf niedrigere Renten aus. Das sei eine Geschlechterunfairness und wenn der Kirchzartener Rat solche Dinge beschließe, dann würde diese verstärkt. Der Gesetzgeber habe die Rechtsansprüche auf Ganztagesbetreuung geschaffen, dabei ging es auch um eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu Zeiten, in denen es Arbeitskräften mangle, so Martin Götz (CDU). Susanne Vogler (SÖW) sieht für die Eltern, die diese Betreuungsstunde benötigen, eine erhebliche Einschränkung. Dennoch stimmte sie zu, denn käme die Gemeinde unter Zwangsverwaltung, dann müssten die Schulleiter wegen jedem Blatt Kopierpapier einen Antrag stellen. „Wir arbeiten an Liste der Grausamkeiten, das ist nicht gut und da gibt es nichts schönzureden. Trotzdem werden wir zustimmen“, so Manfred Kaufmehl (FWG), und optimistisch forderte er: „Sobald wir von Bund und Land finanziell besser ausgestattet werden, müssen wir die Betreuungszeiten wieder anpassen.“

Die SPD lehnte die Reduzierung der Öffnungszeiten ab. Die Gemeinde sollte zumindest in einer Einrichtung die Möglichkeit einer längeren Betreuung anbieten, so die Meinung der Fraktion. Die SPD und Oktay Umul stimmten gegen die Verkürzung, die anderen Räte und Rätinnen stimmten zu.

FAMILIEN SEHEN SICH DURCH HÖHERE KITA-GEBÜHREN MASSIV BELASTET

Kirchzarten (de.) Viele junge Familien brachten unter dem Tagesordnungspunkt Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung ihre Betroffenheit zum Ausdruck. Familien hätten mit hohen Mieten und Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Es sei unfair, dass nun auch noch Kita-Gebühren massiv erhöht werden. Werden zusätz-

lich auch noch Öffnungszeiten reduziert, würde die Gebührenerhöhung doppelt durchschlagen. Denn dann müssten Arbeitszeiten reduziert werden, was ein schrumpfendes Familienbudget zur Folge hat. Wenn Kita-Beträge für zwei Kinder über 1000 Euro pro Monat ausmachen, dann machten sich viele Gedanken darüber, ob es sich überhaupt rechnet, arbeiten zu gehen. Das

würde Familie in rückwärtsgerichtet, traditionelle Rollen hineinrücken, so das Statement einer betroffenen Mutter. Weil der Mann nach wie vor meistens mehr verdiene, sei es die Frau, die zu Hause die Care-Arbeit leiste. Das würde nicht mehr in die heutige Zeit passen. Eltern wiesen auch darauf hin, dass Betreuungsplätze nach wie vor nicht in

ausreichendem Maße vorhanden wären. Auf dem Wohnungsmarkt bewege sich auch nichts. Mache Kirchzarten nur Politik für Besserverdienende und Senioren, wurde gefragt. Um Einnahmen zu erhöhen, so ein Vorschlag aus der Zuhörerschaft, könnte man endlich auch eine Grundsteuer C einführen. Die Gemeinde Merdingen hätte dies bereits getan.

MEDIATHEK: GEBÜHREN STEIGEN MODERAT – LÄNGERE ÖFFNUNGSZEITEN

Kirchzarten (de.) Die Benutzungsgebühren für die Mediathek stiegen von 16,- Euro auf 20,- Euro pro Jahr. Das sei eine moderate Erhöhung, waren sich die Räte einig. Massiv steigen die vermeidbaren Gebühren wie Erinnerungs- und Mahnschreiben. 2025 nahm die Mediathek 20.760 Euro über die

Jahresmitgliedschaften ein; 966 Personen hatten einen Einzelausweis und 90 einen ermäßigten Ausweis (Schüler, Azubis, Studierende, sonstige Berechtigte). Hinzu kamen 191 Partner- oder Familienausweise.

Durch die Erhöhung rechnet die Gemeinde mit Einnahmen von

26.332 Euro.

Positiv zu bewerten sei, so der Bürgermeister, dass aufgrund der Digitalisierung die Mediathek ihre Öffnungszeiten erweitern kann. Es wird eine service-freie Zeit eingerichtet, während der die Mediathek ohne Personal geöffnet ist, Bücher und Medien über das Selbstbucher-

system dennoch ausgeliehen werden können und eine automatische Rückgabe möglich ist. In der Mediathek können neben Büchern auch CDs, Filme, Konsolenspiele, Gesellschaftsspiele und in der Mediathek der Dinge Werkzeugkoffer, Akkuschrauber und sonstiges ausgeliehen werden.

ZWEI ZUSCHÜSSE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT FALLEN WEG

Kirchzarten (de.) Die Landwirtschaft spielt im Dreisamtal eine wichtige Rolle, nicht nur in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion, sondern auch auf den Tourismus. Weil die Rinder-

haltung wasserintensiv ist, führte die Gemeinde vor Jahren einen Zuschuss für Rinderhaltung und Frischwasserbezug ein. Dieser wird nun gestrichen. Damit werden 12.200 Euro eingespart.

2025 kamen fünfzehn Landwirte in den Genuss dieses Zuschusses in Höhe von zwei- bis vierstelligen Beträgen. Die Streichung hätte nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun, stellten

die Gemeinderäte klar, die Gemeinde müsse sparen und Kleinvieh mache auch Mist. Das Landschaftspflegeregeld hingegen werde es nach wie vor geben, betonte Bürgermeister Reutter.

baumann
Bad und Heizung

WIR SIND WIEDER TOP ERREICHBAR!

BAUMANN KUNDENDIENST: Volle Power für Ihre Haustechnik.

- Top Erreichbarkeit!
- Volle Schlagkraft & Mehr Kapazität
- Bad • Heizung • Service
- Schnelle Rückmeldung
- Zuverlässige Termine

Tel. 07661 6570
info@baumann-kirchzarten.de

Baumann Bad und Heizung GmbH • Im Eck 7 • 79199 Kirchzarten

3							9
	4	2				3	6
	6	9	2		8	7	1
		7		9		2	
			3		2		
		6		5		8	
	7	5	1		9	4	3
	2	3				1	7
6							5